

korrigierende Reaktion verhöhnt werden. Diese überwiegend sehr allgemein gehaltene Kritik provoziert freilich die Frage, warum bei Phänomenen, die in allen Industrieländern festzustellen sind, ausgerechnet Österreich mit besonderer Kritik bedacht wird. Immerhin wird von österreichischen Bischöfen mit Genugung registriert, daß solche kuriale Meinungen in der Rede des Heiligen Vaters keinen Niederschlag fanden.

Wenige Tage nach dem Ad-limina-Besuch trat der Wiener Weihbischof *Helmut Krätzl* in der „Furche“ für eine erneuerte Form der Bischofsbesuche beim Papst ein. Wenn Bischöfe nach Rom kommen, sollte Gelegenheit für mehr Dialog, für gemeinsame

Suche nach den eigentlichen Problemen der Kirche sowie für gegenseitige Beratung gegeben sein – „wenn nötig, durchaus auch vom Bischof hin zum Papst“. Weihbischof Krätzl meint allerdings, beim Besuch von etwa 2300 Diözesanbischöfen innerhalb von fünf Jahren ergebe sich zwangsläufig ein sehr enger zeitlicher Spielraum. Jeder Bischof berichtet dann eben so, wie er die römischen Ämter einschätze, „als Ort der Dienstleistung oder als Oberbehörde, als Stelle der Beratung oder der Kontrolle“. Er selbst, schreibt Krätzl, habe die Kurie auch liebevoll gelernt; aber das Erfreuliche des letzten Besuchs habe die Angst, die „Grenzen der Selbstständigkeit am Ort“ könnten wieder enger werden, nicht beseitigt.

F. C.

Denn die dramatisch gewachsenen Einkommensunterschiede in der Welt, in dem Bericht eindrücklich dokumentiert, seien auch darauf zurückzuführen, daß die Entwicklungsländer nur beschränkt Zugang zum Weltmarkt hätten. Viele der armen und am wenigsten entwickeltesten Länder, insbesondere die Länder Schwarzafrikas, seien bereits an den Rand des Welthandelssystems gedrängt; der Welthandelsanteil Schwarzafrikas habe sich auf ein Viertel des Anteils im Jahre 1960 reduziert.

Ihre Forderung nach internationalen Reformen unterstreichen die Autoren mit deutlichen Zahlen: Der *beschränkte und nicht gleichberechtigte Zugang zu den Finanz-, Handels- und Arbeitsmärkten der Welt* kostet die Entwicklungsländer jährlich 500 Milliarden US-Dollar. Das entspricht ungefähr dem Zehnfachen dessen, was sie von den OECD-Ländern an jährlicher Entwicklungshilfe erhalten. 250 Milliarden US-Dollar verlieren die Entwicklungsländer durch die harten und höchst selektiven *Migrationsbeschränkungen* der Industriestaaten, da diese einerseits zum Verlust der dringend benötigten Überweisungen von Gastarbeitern führten. Andererseits brächten diese auch mit sich, daß die ohnehin wenigen Fachkräfte vom Arbeitsmarkt der armen Länder abgezogen würden, während die Massen der Nichtqualifizierten blieben.

Eine Summe in gleicher Höhe gehe den Entwicklungsländern durch die verschiedenen *Handels- und Importbarrieren der Industrienationen* verloren. Der UNDP-Bericht spricht von einer „ironischen“ Situation: Zwanzig von 24 Industrienationen verhielten sich heute protektionistischer als vor zehn Jahren, während in den Entwicklungsländern – zum Teil aufgrund der vom Internationalen Währungsfond (IWF) auferlegten wirtschaftlichen Anpassungsprogramme – das Protektionsniveau sinke. Gerade da, wo Entwicklungsländer Wettbewerbsvorteile geltend machen könnten, bei Produkten mit arbeitsintensiven Herstellungsprozessen wie Textilien, Kleidern und Schuhen, werde für sie der Zugang zu den Märkten der

UN-Entwicklungsbericht: Dramatische Kluft zwischen Arm und Reich

Ende April wurde der „Bericht über menschliche Entwicklung 1992“ vom „Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen“ (UNDP), der größten multilateralen Entwicklungsorganisation, vorgelegt. Während sich die beiden ersten Berichte der Vorjahre auf die Analyse der Entwicklungsproblematik auf nationaler Ebene konzentrierten und konkrete wirtschafts- und sozialpolitische Zielvorgaben für die Entwicklungsländer formulierten (vgl. HK, Juni 1991, 303 ff.), stehen im dritten Bericht dieses Jahr Weltmarkt und Welthandel in ihrer Auswirkung auf wirtschaftliches Wachstum und die Lebensverhältnisse der Entwicklungsländer im Zentrum.

Zwar wiederholen die Autoren – eine Gruppe unabhängiger Ökonomen unter der Leitung von Mahbub ul Haq, dem Sonderberater des UNDP und früheren Finanzminister von Pakistan – die Aussage des vorangegangenen Berichtes, die eigentlichen Wurzeln der Armut und der menschlichen Verelendung säßen tief in der nationalen Politik der Entwicklungsländer selbst, und weder verbesserte äußere Rahmenbedingungen noch

Hilfeleistungen von außen könnten Ersatz für Reformen in den betreffenden Ländern sein. Diese müßten mehr Demokratie und eine größere Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben und an entwicklungspolitischen Entscheidungsprozessen ebenso zum Ziel haben wie die massive Senkung der Militärausgaben, eine transparenter und effektiver gestaltete Staatsverwaltung und die entschiedene Förderung von Privatinitiative. Besonderes Gewicht müßten dabei bildungspolitische Maßnahmen erhalten, da der gravierendste Mangel des armen Südens der an vor allem im technischen Bereich qualifizierten Fachkräften sei.

Keine offenen Märkte für Entwicklungsländer

Darüber hinaus sind aber, so der UNDP-Bericht, auch *entschiedene Reformen des Weltmarktsystems* dringend erforderlich, sollten die Entwicklungsländer im ganzen – und nicht nur einige wenige wie beispielsweise im ost- und südostasiatischen Raum – Fortschritte erzielen können.

Industrieländer durch Zoll- und Handelsbarrieren stark behindert. Damit würden die Entwicklungsländer zugleich von der für ihren wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß entscheidenden Weiterverarbeitung der eigenen Rohstoffe abgehalten.

Für den Export von nicht konkurrierenden Rohprodukten – der Exportanteil von Grundstoffen beträgt in einigen Ländern Afrikas 90, bei denen Lateinamerikas 65 Prozent – hätten die Entwicklungsländer zwar nicht mit Exportbeschränkungen, dafür jedoch mit seit den achtziger Jahren rapide sinkenden Exporterlösen zu kämpfen. Denn trotz des ständig schmaler werdenden Marktes für diese Rohstoffe seien die Länder durch Schuldentrückzahlungsforderungen zur Steigerung von Produktion und Ausfuhr gezwungen, um die benötigten Devisen zu erhalten. Jedoch seien diese Deviseneinnahmen in vielen Fällen für den Schuldendienst nicht mehr ausreichend. Seit Mitte der achtziger Jahre verlören die Entwicklungsländer mehr an Devisen, als sie von den Industrienationen an Kredithilfen erhielten. Der Bericht resümiert in dem Paradox: „Je mehr die Schuldner zahlen, desto mehr schulden sie.“ Vor allem aber bleibe so wenig übrig für die dringend benötigten zukunftsbestimmenden Investitionen in Bildung, Umweltschutz, informationstechnische Infrastruktur und andere neue Technologien.

Das Ungenügen des institutionellen Rahmens

Der Bericht stellt fest, der bisherige institutionelle Rahmen der Weltwirtschaft diene der zusätzlichen Festigung der Vormachtstellung der Industrienationen und kritisiert die den Welthandel dominierende Rolle der Gruppe der sieben führenden Industrienationen, (G7) ebenso wie den IMF und die Weltbank. Letztere hätten in den vergangenen Jahren aufgrund der eigenen unzureichenden finanziellen Ausstattung zunehmend weniger ihre eigentliche Aufgabe erfüllen können, auf dem Weltfinanzmarkt ausgleichend zugunsten der armen Länder zu intervenieren. Tatsäch-

lich hätten sie den Entwicklungsländern eher sogar Liquidität entzogen. Zudem beklagen die Autoren auch den sehr beschränkten Einfluß von GATT, das schließlich dazu eingerichtet worden sei, Handels- und Zollbarrieren kontinuierlich abzubauen. Jedoch nur sieben Prozent des Welt-handels erfolge im Einklang mit den im GATT formulierten Prinzipien.

Konkret schlagen die Autoren für einen Ausweg aus der Misere hin zu einem ausgewogeneren Weltmarkt die Einsetzung eines „entwicklungspolitischen Sicherheitsrates“ (Development Security Council) unter dem Dach der insgesamt in wirtschafts- und sozialpolitischen Belangen zu stärkenden Vereinten Nationen vor, zusammengesetzt aus elf permanenten und elf rotierenden Mitgliedern. Diese Institution solle für die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, den Umweltschutz, Handelsabkommen, Entwicklungshilfe und Schuldenregulierung ebenso zuständig sein wie für Migrationssteuerung und Technologietransfer. Der Internationale Währungsfonds solle die Funktion einer *weltweiten Zentralbank* übernehmen; die Weltbank müsse, indem sie zu ihrer eigentlichen Rolle als „wohlwollender Vermittler zwischen Entwicklungsländern und den Kapitalmärkten“ zurückfindet, vermehrt Kredite zu Vorzugszinsen an die Entwicklungsländer abgeben.

Neben der Öffnung der Weltmärkte für die arbeitsintensiven Exportartikel der Entwicklungsländer fordern die Autoren des UN-Entwicklungsprogrammes einen *globalen Schuldenerlaß für die Entwicklungsländer*, „um den jährlichen schuldenbedingten Nettokapitaltransfer von 50 Milliarden Dollar von den Entwicklungsländern zu den Industrienationen zu stoppen“.

Der Bericht fordert zwar radikale Reformen des Weltmarktes und insbesondere des Weltarbeitsmarktes im Interesse der armen Länder, merkt aber einschränkend an, freie und offene Märkte alleine seien kein ausreichender Schutz vor absoluter Armut, oftmals trügen sie gar zu einer Vergrößerung der Einkommensunter-

schiede bei. Auch das belegt der Bericht mit eindrücklicher Statistik: Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung verfügt demnach heute über ein Einkommen, das sechzigmal so hoch ist wie das des ärmsten. Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern hat sich in den vergangenen 30 Jahren nahezu um das Doppelte vergrößert. Im Jahr 1960 betrug das Einkommensverhältnis noch 30 zu eins. Wird dieses Verhältnis unter Berücksichtigung der Einkommensunterschiede in den einzelnen Ländern bestimmt, ergibt sich gar das 150fache Einkommen für das reichste Fünftel. Bei den reichsten 20 Prozent der Erdbevölkerung konzentrierten sich mehr als 80 Prozent des Weltsozialproduktes, des Welthandels, der privaten Ersparnisse und der inländischen Investitionen. Das ärmste Fünftel bringt es demgegenüber nur auf wenig mehr als ein Prozent.

Ein soziales Sicherheitsnetz für die armen Nationen

Daher fordert der UN-Bericht ein „soziales Sicherheitsnetz für die armen Nationen und deren Bevölkerung“. Dieses System sollte auf Welt-ebene in etwa die Funktion haben, die umverteilungspolitische Maßnahmen in den industrialisierten Wohlfahrtsstaaten haben. Einen ersten Anfang für ein solches internationales Ausgleichssystem von Einkommensunterschieden sieht der Bericht auf regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft.

An der einem solchen weltweiten System der sozialen Sicherung am ehesten entsprechenden gegenwärtig bestehenden öffentlichen Entwicklungshilfe kritisieren die UNDP-Autoren die Höhe – die gezahlten 0,35 Prozent des Bruttosozialproduktes der Industriestaaten müßten zumindest verdoppelt werden – wie die „äußerst schlechte“ Verteilung: Die Entwicklungshilfe stehe oft in keiner Beziehung zum Grad der Armut in den Empfängerländern. Die zehn Länder, in denen mehr als 70 Prozent der absolut Ärmsten leben, erhalten nur ein Viertel der weltweit geleisteten

Hilfe. Dagegen erhielten Staaten mit hohen Militärausgaben ungefähr die doppelt so große Hilfe pro Kopf wie die mit geringerer Rüstung. Für die vorrangigen menschlichen Bedürfnisse wie Grundbildung, Gesundheitsversorgung, Trinkwasseraufbereitung sowie Ernährungsprogramme würden nur sieben Prozent der Hilfeleistungen verwendet. Der Bericht betont die grundsätzliche Reformbedürftigkeit der offiziellen Entwicklungshilfe mit dem Ziel eines „progressiv, berechenbar und ausgewogen verteilt“ gestalte-

ten Systems. Übergangsweise sollten mindestens aber zwei Drittel der Entwicklungshilfe den ärmsten Nationen zufließen.

Zur Frage der Finanzierbarkeit dieser sozial abgedeckten weltweiten Entwicklungsaufgaben greift der Bericht den Gedanken der „Friedensdividende“ auf: Weltweit sollten die Militärausgaben in den neunziger Jahren um jährlich drei Prozent gekürzt werden, womit eine „Friedensdividende“ von 1,5 Milliarden Dollar erzielt werden könnte.

Die weltweite Dringlichkeit solcher durchgreifender Reformen sowie eines ausgewogeneren Verhältnisses zwischen reichen und armen Ländern unterstreicht der Bericht mit einem Negativszenario: Die Folgen der globalen Verelendung wären die dauerhafte Gefährdung des Friedens und die bedrohlich fortschreitende Umweltzerstörung. Besonders deutlich werden die Autoren jedoch bezüglich der zu erwartenden Armutsmigration: Armut brauche keinen Paß, um Grenzen zu überschreiten. A. F.

Der Riese taumelt

Offener und verborgener Rassismus in den Vereinigten Staaten

Die blutigen Rassenunruhen Ende April/Anfang Mai in Los Angeles, die auch auf andere Städte in den USA übergriffen, waren ein unübersehbares Signal für die gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen in dem immer noch mächtigsten Land der Welt (vgl. HK, März 1992, 114 ff.). Gerade der Rassismus, der in offenen und versteckten Formen grassiert, zeigt die innere Instabilität der Vereinigten Staaten. Die nicht bewältigte Integration und neue soziale Ausgrenzung vor allem schwarzer Amerikaner birgt erheblichen Sprengstoff.

„Der Riese taumelt“ – so hieß die deutsche Übersetzung des Buches, das Norman Podhoretz 1980 unter dem Titel „The Present Danger“ vorgelegt hatte, um auf den Präsidentschaftswahlkampf Ronald Reagans Einfluß zu nehmen (The Present Danger, Simon and Schuster, New York 1980; Der Riese taumelt. Amerika in Bewährung, Seewald, Stuttgart 1981). Podhoretz malte eine düstere Zukunftsperspektive Amerikas, wenn der strategische Rückzug, den Nixon und Carter eingeleitet hatten, unter Reagan weiterginge. Der Verlust der Vorherrschaft, die Finnlandisierung Amerikas und die Apokalypse eines dritten Weltkrieges bestimmten sein Szenario. Podhoretz sah die Supermacht USA dem Untergang entgegentaumeln. Reagan wurde zum „Kandidaten des neuen Nationalismus“ aufgebaut, der die Sowjetunion in ihre Schranken verweisen sollte.

Reagan wurde dann für acht Jahre der Mann dieses konservativen Nationalismus, der sich 1984 für die Wiederwahl und 1988 für die Weitergabe der Präsidentschaft an George Bush instrumentalisieren ließ. Reagan nutzte allerdings die Sympathien des „neuen Nationalismus“ bei der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion nicht aus. Er mußte ihn auch nicht mehr einsetzen: die Détente führte zu Rüstungskontrolle und Rüstungsreduktion,

Gorbatschow begann mit Perestroika und Glasnost, und die Sowjetunion löste sich allmählich auf.

Hatte sich der „Riese USA“ als der Sieger erwiesen? Gegenüber der Sowjetunion sicherlich, wegen der außen- und wirtschaftspolitischen Folgeprobleme jedoch nur bedingt. Der Verlust des Feindbildes Sowjetunion lenkte statt dessen die volle Aufmerksamkeit auf die *Binnenwelt der amerikanischen Gesellschaft*. Der Titel von Podhoretz kann heute mit einem neuen Wahrheitsgehalt geschrieben werden. Innen- und sozialpolitisch taumelt die übriggebliebene Supermacht – ist sie noch eine solche? – so stark, daß Betroffene wie Beobachter schon ihren Kollaps befürchten. Der Rassismus ist das Zentralproblem, an dem die innere Instabilität der USA sichtbar wird.

Offener Rassismus nur in Louisiana?

Der Bundesstaat Louisiana hätte bei der Gouverneurswahl am 16. November 1991 beinahe einen Neo-Nazi und ehemaligen Führer des Ku-Klux-Klan zum Gouverneur gewählt. David Duke war als Kandidat der Republikaner angetreten und kämpfte gegen den demokratischen Bewerber Edwin W. Edwards, der dreimal Gouverneur gewesen und 1987 wegen Korruptionsvorwürfen abgewählt worden war. Edwards hatte im Herbst 1991 den seit Januar 1988 amtierenden Demokraten Roemer bei den Primaries besiegt. David Duke stand im Begriff, die Vorbehalte gegen Edwards für sich zu nutzen und mit der hohen Zustimmung, die er bei den Weißen mit unteren Einkommen fand, in einen Wahlsieg umzumünzen. Duke bemühte sich während des Wahlkampfes, seine politische Herkunft zu verbergen. Erst das Engagement von Bürgerrechtsgruppen, die auf seine rassistische Vergangenheit aufmerksam machten und sie mit vielen Beispielen belegten, sowie der Einsatz der kritischen Medien führten in